

Hefte aus Burgscheidungen

Carl Ordnung

Christen in der Friedensbewegung

Zu Position und Aufgabe der
Christlichen Friedenskonferenz (CFK)



215

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Carl Ordnung

Christen in der Friedensbewegung

**Zu Position und Aufgabe der
Christlichen Friedenskonferenz (CFK)**

1983

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Überarbeitete Fassung eines Referats, das der Autor, Sekretär des CFK-Regionalausschusses, auf der CFK-Regionalkonferenz in der DDR am 22. 11. 1982 in der Berliner Stephanus-Stiftung gehalten hat.

Die Christliche Friedenskonferenz (CFK) erhält ihr besonderes Gepräge dadurch, daß sie einerseits ganz Teil der Kirche, der Gemeinde Jesu Christi in ihren ökumenischen Dimensionen, und andererseits ganz Teil der weltweiten Friedensbewegung ist. Davon geht die CFK in ihrer Arbeit aus: Christen gehören zur Friedensbewegung. Ob sie darin eine Sonderrolle zu spielen haben wird oft gefragt. Da sie von der Kriegsgefahr genauso bedroht sind wie alle anderen Menschen, haben sie dieselbe Friedensverantwortung. Freilich — ihre Friedensverpflichtung erwächst nicht nur aus der Kriegsgefahr; sie kommt aus der Bibel. Das Neue Testament verheißt „Friede auf Erden“ (Lk. 2, 14), und Jesus preist die Friedensstifter selig (Mt. 5, 9). Nur konstituiert dieser biblische Auftrag, diese besondere Motivation keine Sonderrolle für Christen. Er ruft vielmehr in die Solidarität mit allen Menschen, die sich um den Frieden auf Erden mühen. Denn Gott sagt diesen Frieden allen Menschen, nicht nur den Christen zu.

Als sich 1948 angesichts des aufbrechenden kalten Krieges gegen die Sowjetunion und der damit heraufziehenden Kriegsgefahr die Weltfriedensbewegung formierte, stießen schon bald eine nicht geringe Zahl von Theologen und Kirchenmännern dazu, die von solchen Gedankengängen bewegt waren. Ich nenne als Beispiel vier Männer: Metropolit Nikolai, den Leiter des Außenamtes der Russischen Orthodoxen Kirche, den tschechischen Theologen Prof. Dr. Josef L. Hromádka, den Dekan von Canterbury Hewlett Johnson und den methodistischen China-Missionar James Endicott aus Kanada. In der DDR bildete sich 1949 das Komitee der Kämpfer für den Frieden (aus dem später der Friedensrat hervorging). Von seinen 88 Mitgliedern waren 10 Pfarrer und Theologen, darunter Emil Fuchs, Erich Hertzsch und Karl Kleinschmidt.

Als zehn Jahre später die CFK als eine spezifisch christliche Friedensbewegung gegründet wurde, kam ein wesentlicher Anstoß dazu von eben solchen Männern, die schon in der Friedensbewegung aktiv waren. Sie wollten diese Bewegung nicht spalten und kein Konkurrenzunternehmen schaffen. Aber sie hatten in diesen wenigen Jahren Erfahrungen gemacht: Wegen ihrer Mitarbeit in der Friedensbewegung waren sie heftiger Kritik und teilweise üblen Verleumdungen von seiten solcher Kirchenvertreter ausgesetzt, die offen den „Kreuzzug“ gegen den Kommunismus propagierten.

Das war nicht verwunderlich. Aber bei dem Versuch, weitere kirchliche Kreise für die Friedensarbeit zu gewinnen, stießen sie selbst bei gutwilligen Christen häufig auf massive Hemmungen und Blockierungen, die ihre Wurzeln in der kirchlichen Tradition und in einem bestimmten Bibelverständnis hatten. Mit der Aufarbeitung dieser Blockierungen konnte man die säkulare Friedensbewegung nicht belasten, zumal diese Aufgabe kaum in einem einmaligen Anlauf zu bewältigen war. So kam es zur Gründung einer besonderen christlichen Friedensbewegung, in der man nach dem Friedenszeugnis der Bibel und nach kirchlichen Traditionslinien zu fragen begann, die für die Friedensaufgaben der Gegenwart fruchtbar gemacht werden konnten.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist auf diesem Gebiet viel getan, sind manche Erfolge erreicht worden. Aber es sind bei weitem nicht alle Hemmnisse wirklich überwunden. Manche reproduzieren sich, neue kommen hinzu. Wenn wir heute wie die Väter der CFK unsere Rolle in der weltweiten Friedensbewegung u. a. darin sehen, Kirchen und Christen zur bewußten Teilnahme am Überlebenskampf der Menschheit zu mobilisieren, dann bleiben Analyse und Überwindung solcher Hemmnisse weiterhin eine zentrale Aufgabe für uns.

Ich möchte auf vier solche traditionellen Hemmungen hinweisen und Wege zur Überwindung kurz andeuten.

1. Wir müssen den Unglauben an die Möglichkeit des Friedens auf Erden überwinden

In unseren Kirchen wurde in den vergangenen Jahrhunderten viel intensiver darüber nachgedacht, unter welchen Umständen der Christ am Krieg teilnehmen könne und müsse, als darüber, was er für den Frieden zu tun imstande sei. (Selbst die Angehörigen der historischen Friedenskirchen, die für sich selbst die Teilnahme am Kriegsdienst ablehnten, hielten den Krieg selber für unvermeidbar.) In dieser Tradition kam es dann sogar zu einer theologischen Rechtfertigung imperialistischer Kriege. Man denke nur an die Kriegspredigten im ersten und so manche Verlautbarung von Kirchenführern im zweiten Weltkrieg. Für den angelsächsischen Raum kommt der kanadische Quäker Elbert W. Russel in einer auf einer breiten empirischen Basis fußenden Untersuchung zum Thema „Christentum und Militarismus“ zu dem Ergebnis: „In der Geschichte hat das Christentum weltlichen Militarismus gewöhnlich anerkannt und Krieg als den Willen Gottes gelegentlich stark befürwortet.“

Nun wird man sicher sagen können, daß es in unseren Kirchen in der DDR heute keine Kriegsbefürworter mehr in diesem Sinne gibt. (Als ich das kürzlich vor einem Kreis kirchlicher Mitarbeiter aus der DDR und der BRD sagte, meinten einige BRD-Zuhörer, für ihre Situation könnten sie das nicht so absolut sagen). Aber diese Tradition der Kriegstheologie wirkt auch in unseren Gemeinden noch nach: in der Gestalt des Unglaubens an die Möglichkeit des Friedens auf Erden. Man findet diese Haltung vor allem bei Christen, die sich für besonders fromm und bibelgläubig halten, mit der Überzeugung verbunden, daß ein nuklearer Holocaust sehr wohl das Gericht Gottes über die sündige und abgefallene Menschheit sein könne. Sie finden im Alten und teilweise auch im Neuen Testament zahlreiche Stellen, die einen unnachsichtig strengen, strafenden Gott zeigen, als dessen Wortführer sie sich fühlen.

Demgegenüber muß herausgestellt werden, daß die Mitte des biblischen Zeugnisses Jesus Christus ist, der Opfer wird, damit Menschen leben können. Aber auch das Alte Testament zeigt, daß Gott Leben und Frieden und Gerechtigkeit für die Menschheit will. Er verheißt ein vollkommenes Friedensreich am Ende der Geschichte: dann werden die Schwerter zu Pflugscharen und die Spieße zu Sicheln umgeschmiedet werden, und keiner braucht mehr zu lernen, Krieg zu führen. Aber auch bis das geschehen kann, ist Friede auf Erden möglich. Das jedenfalls sagt die Weihnachtsbotschaft. Und Jesus geht davon aus, daß Menschen etwas für diesen Frieden tun können. Wie könnte er sonst die Friedensstifter seligpreisen. Wer Friede auf Erden für eine Unmöglichkeit hält, der glaubt nicht an Gottes Zusage.

2. Wir müssen die Scheu vor der Politik überwinden

Daß politische Abstinenz der christlichen Untertanen im Interesse christlicher Fürsten und Könige lag, ist leicht einzusehen. Diese im Konstantinischen Zeitalter häufig mit Gewalt eingeprägte und besonders auch im deutschen Protestantismus befestigte Haltung hat bei vielen Christen zu Scheu vor allem, was mit Politik zusammenhängt, geführt. Man wendet sich dem Nächsten, dem überschaubaren Umkreis zu. Es war deshalb sicher auch kein Zufall, daß die stärkere Hinwendung zur Friedensfrage vor zehn Jahren in unseren Kirchen sich zunächst in einem Programm zur Friedenserziehung niederschlug.

Diese Ausblendung des politischen Bereichs ist in sich selbst natürlich ein Politikum. Sie führt häufig zu Konsequenzen,

deren man sich nicht bewußt ist und die man subjektiv auch nicht will. Sicher ist das Fernziel, dem wir zustreben, eine Welt ohne Waffen, Armeen und Soldaten. Aber was ist der Weg zu diesem Ziel? Ist es der, daß ich als einzelner mich weigere, Soldat zu werden, und daß ich alles Militärische, mit dem ich konfrontiert werde, kritisiere — ohne mir die Frage zu stellen, ob ich nicht damit meinen Beitrag zur Aufrechterhaltung eines annähernden militärischen Gleichgewichts verweigere, das bis jetzt jedenfalls friedenssichernd wirkte? Oder besteht dieser Weg nicht in der Unterstützung all jener Aktionen und Vorschläge, die eine Situation herbeiführen wollen, in der Militär nur noch in beschränktem Umfang oder gar nicht mehr nötig ist?

Dieser zweite Weg ist der politischer Friedensverantwortung. Landesbischof Dr. Hempel hat kürzlich vor seiner Synode gesagt, daß Pazifismus, selbst wenn man ihn zur allgemein verbindlichen Lehre erhebe, „leider keine Verringerung der Friedensgefährdungen bringt“. Aber genau darum müßte es christlichem Friedenshandeln gehen.

a) Friede auf Erden — das ist Friede zwischen Völkern und Menschen, die der Sünde verhaftet bleiben. Deshalb ist dieser Friede nicht die Vorwegnahme des endzeitlichen Friedensreiches. Es ist ein Friede unter Spannungen und Konflikten, der immer neu ausgehandelt und gestaltet werden muß. Die Verheißung „Friede auf Erden“ ruft zur Nüchternheit. Von Friedenspolitik oder Friedensbewegung die Lösung aller Probleme menschlichen Zusammenlebens zu erwarten, ist Schwärmerei, die häufig daran hindert, die möglichen nächsten Schritte zum Frieden zu tun.

b) Friede auf Erden heißt auch, daß Friede heute immer Weltfrieden bedeutet. Deshalb dürfen wir unsere eigenen Probleme nicht zu den wichtigsten machen. Wir sollten sie in den globalen Zusammenhang einordnen und von daher zu verstehen suchen. Provinzialismus ist ein ernstes Hindernis für Friedensarbeit.

c) Christen haben keine Spezialkenntnisse im Blick auf das Politische. Deshalb kann es keine spezifisch christliche Friedenspolitik geben. Unsere Aufgabe ist es, zu prüfen, welche Politik, welche Vorschläge und Aktionen geeignet sind, die Kriegsgefahr zu verringern. Das gilt es zu unterstützen.

3. Wir müssen den Hang zum Neutralismus überwinden

Was steckt hinter der christlichen Scheu vor klarer Parteinahme? Ist es die bürgerliche Tradition in unseren Kirchen — entsprechend dem Satz von Lenin, der Parteilichkeit als

eine proletarische Idee, Parteilosigkeit als eine bürgerliche bezeichnete? Hinter der Scheu vor Parteilichkeit verbirgt sich das Ausweichen ins Moralische. Weil alle Menschen Sünder seien — so sagt man —, verbiete sich ihre Einteilung in Gute und Böse. Das mag richtig sein. Aber es geht nicht um moralische Urteile, sondern um politische Sachverhalte. Es geht um die Frage, wo die Ursachen der Kriegsgefahr liegen. Häufig liegen sie in Strukturen und Mechanismen, die sich moralischen Begriffen entziehen.

Selbst die bürgerliche Friedensforschung hat auf Grund einer Fülle von Fallstudien die These formuliert: die meisten friedensbedrohenden Konflikte sind asymmetrischer Natur. Das heißt: die am Konflikt beteiligten Parteien haben nicht die gleichen, sondern ganz unterschiedliche Intentionen. Der eine überfällt, der andere verteidigt sein Land und seine Souveränität, wie das beispielsweise im Interventionskrieg der USA gegen Vietnam der Fall war. Das gilt auch für den sog. „Rüstungswettkampf“, der gar kein Wettkampf ist. Die Sowjetunion hat bekanntlich immer nur notgedrungen und nachdem ihr Bestreben nach internationalen Verboten neuer Waffen zurückgewiesen worden war, diejenigen Waffensysteme nachgerüstet, die von der USA-Armee Jahre zuvor in Gebrauch genommen waren. Hinter dem Rückzug auf eine angeblich neutrale Position steckt häufig auch ein gut Teil Bequemlichkeit, die die Mühe von Information und Analyse scheut.

Darüber hinaus offenbart diese Haltung eine gewisse Selbstgerechtigkeit. Man fordert, daß jede Kirche in der Friedensfrage ihre eigene Regierung kritisiere. Damit unterstellt man, daß alle Regierungen die gleiche Schuld an der Friedensgefährdung trügen — nur die Kirchen sind offensichtlich frei von Schuld und wissen genau, was um des Friedens willen zu tun wäre. Bischof Dr. K r u s c h e hat sich auf der diesjährigen Bundessynode in Halle ausdrücklich dagegen gewandt, „daß wir... in der konkreten politischen Analyse die Schuld gleichmäßig in alle Richtungen verteilen. Das wäre eine unangemessene Übertragung geistlich-theologischer Erkenntnis auf das Feld der Politik“, sagte er. Man kann nur hoffen, daß solche Einsichten in allen kirchlichen Friedensgruppen ernstgenommen werden.

Manchmal wird in kirchlichen Kreisen gesagt, daß Friede nicht die Sache einer Partei, sondern die Beziehung zwischen zwei Parteien bzw. Partnern sei und deshalb in der Friedensarbeit Parteilichkeit fehl am Platze sei. Wird eine solche Behauptung der Dialektik des Geschichtsprozesses und auch der Dialektik von Gottes Handeln gerecht? Jesu Mission richtet

sich an alle Menschen: er ist für uns alle gestorben. Aber dieses „Für alle“ realisiert sich nicht in einer neutralistischen Aussöhnung von Armen und Reichen, sondern in der klaren Parteinahme für die Armen und gegen die Reichen, weil nur das Eintreten für die Armen auch die Möglichkeit der Befreiung der Reichen von dem einschließt, was sie vom Menschsein entfremdet: ihre Existenz als Unterdrücker und Ausbeuter.

Heute stehen sich zwei weltpolitische Grundkonzeptionen gegenüber: eine antikommunistische, die nach Überlegenheit strebt, also die USA und ihre NATO-Verbündeten – und eine andere, die friedliche Koexistenz will und deren Hauptvertreter die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft sind. Nur die Parteinahme für diese weltpolitische Grundkonzeption eröffnet die Möglichkeit eines Friedens für alle – auch für Antikommunisten.

4. Wir müssen den Antikommunismus überwinden

Um das vorweg zu sagen: Wir kritisieren den Antikommunismus nicht von kommunistischen Positionen aus. Die CFK sagt seit 20 Jahren: Die Alternative zum Antikommunismus ist nicht der Kommunismus, sondern die friedliche Koexistenz.

a) Der Antikommunismus richtet sich nicht gegen den Kommunismus, sondern gegen alle Bestrebungen, die die Veränderung oder auch schon Einschränkung kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung zum Ziele haben. Millionen von Nichtkommunisten werden des Kommunismus verdächtigt, weil sie nicht bereit sind, sich mit Situationen der Ungerechtigkeit und Ausbeutung abzufinden. Der Kommunismusvorwurf trifft auch die Friedensbewegung. Mit Hilfe des Antikommunismus versucht imperialistische Herrschaft, sich zu legitimieren.

b) Der Antikommunismus scheut die rationale Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Er erzeugt Angst vor gesellschaftlicher Veränderung sowie Haß und Mißtrauen gegenüber denen, die Veränderung wollen.

c) Der Antikommunismus ist auf die Vernichtung des Kommunismus aus. Seit 1917 ist er in Gestalt des Antisowjetismus in erster Linie gegen die Sowjetunion gerichtet. Er schließt die Möglichkeit des Zusammenlebens mit dem Kommunismus, der friedlichen Koexistenz aus. Heute dient der Antikommunismus als Begründung für die friedensbedrohende Konfrontationspolitik der USA und der NATO. Damit ist der Antikommunismus heute „das Haupthindernis bei der Arbeit für Frieden und Abrüstung“, wie der westdeutsche Theo-

loge Prof. Dr. Walter Kreck in einem Referat zu eben diesem Thema feststellte.

Wenn der Antikommunismus dem christlichen Bewußtsein und Unterbewußtsein tief eingepägt ist, dann hängt das damit zusammen, daß er immer wieder theologisch begründet und abgesichert wurde. Das begann mit Wicherns berühmter Denkschrift zur Inneren Mission aus dem Jahre 1848, in der der Kommunismus als Spitze der „antichristlichen Bewegung“, als „Systematisierung der sündlichen Gelüste“ bezeichnet wurde, und endet heute in der Bereitschaft US-amerikanischer Generäle, gegen diesen Kommunismus einen Atomkrieg zu führen.

Ich fand kürzlich in einer theologischen Monatsschrift aus den USA ein Beispiel dafür, das für sich spricht. In der Juli/August-Nummer 1982 von „Sojourners“ schreibt einer der Mitherausgeber, Jim Wallis: „Kürzlich war ich eingeladen, vor einer Gruppe von 50 hohen Militärs zum Thema ‚Christliche Sicht des Nuklearkrieges‘ zu sprechen. In der Vorbereitung auf dieses Referat suchte ich den Rat eines katholischen Theologen, der umfangreiche Kontakte mit militärischen Führern unterhielt. Ich fragte ihn: Was sind ihre Motive? Sind es wirtschaftliche Interessen? Persönliche Ambitionen? Berufliche Karriere? Politische Macht? Patriotismus? – Ohne Zögern antwortete er, daß die primäre Motivation der allermeisten hohen militärischen Führer, die er kenne, eine religiöse sei. Er sagte, sie glauben, daß sie die Werte Gottes gegen den Anti-Gott verteidigen. Amerika verteidigte das Christentum gegen den gottlosen Atheismus. Zunächst war ich schockiert. Aber beim Nachdenken leuchtete mir das ein. Diese Militärs sind ausgebildet und darauf vorbereitet, einen Nuklearkrieg zu führen. Etwas so Totales und Schreckliches läßt sich nicht durchkämpfen für Gründe, die weniger als religiöse Gründe sind. ... Wer die Welt zerstören soll, kann sich nur gerechtfertigt fühlen, wenn er glaubt, daß in der Tat die höchsten Werte auf dem Spiele stehen. Ich dachte darüber nach, daß die Bibel eigentlich dies alles schon vorausgesagt hat: Der Antichrist kommt immer in der Maske Christi. Er ist das Gegenteil des wahren Christus, er verwendet eine religiöse Sprache zu seiner Rechtfertigung. Ein Nuklearkrieg würde der Akt höchster Gottlosigkeit sein, der in der Geschichte ausgeführt wird – ausgeführt im Namen Gottes.“

Präziser läßt sich die Gefährlichkeit eines religiös begründeten Antikommunismus kaum beschreiben. In unseren Kirchen ist während der Friedensdekade über manche tatsächliche oder auch nur eingebilddete Friedensbedrohung disku-

tiert worden. Der Antikommunismus war dabei nirgends thematisiert. Daß die Auseinandersetzung mit ihm in unseren Kirchen als Friedensaufgabe überhaupt noch nicht erkannt ist, macht sichtbar, wie stark ein latenter Antikommunismus noch in ihnen wirkt.

Deshalb ist es hier nicht mit bloßer Aufklärung getan. Es geht um Schuldkenntnis und Buße. Wer an die zahllosen Verbrechen denkt, die im Namen des Antikommunismus verübt wurden, an die in den KZ's des deutschen Faschismus, in Chile und El Salvador, in Südafrika und anderswo Ermordeten, und an die Verbrechen, die in seinem Namen vorbereitet werden, der fragt sich: Wo bleibt eigentlich die Buße unserer Kirchen dafür, daß sie seit Wichern durch ihr Reden und Tun zur Ausbildung des Antikommunismus beigetragen haben und das oft heute noch – wenn auch meist unbewußt – tun? Wir sehen jedenfalls in der Zurückdrängung und Überwindung des Antikommunismus eine der wichtigsten Aufgaben der Christen in der Friedensbewegung.

Die CFK leistet diese Aufgabe der Überwindung und Abtragung jener Hemmnisse, die manche Christen immer noch an einem aktiven Friedensengagement hindern, in erster Linie durch ihre Studienarbeit. Zehn CFK-Studiengruppen arbeiten in der DDR, u. a. über Fragen der Abrüstung, der UNO, des Friedens im Nahen Osten, über die Beziehung zwischen Befreiungskampf und Friedenssicherung im Südlichen Afrika und Lateinamerika, über Friedenserziehung und über Umweltverantwortung. Sie stellen Materialien zusammen und analysieren friedensbedrohende Entwicklungen. Damit orientieren sie auf die jeweiligen Hauptaufgaben im Friedenskampf und helfen Christen in unserem Land, ihren Platz in diesem Kampf gegen die Kriegsgefahr zu finden.

Dabei spielt die Lektüre der Bibel eine wachsende Rolle in unserer Arbeit vor allem in den CFK-Gruppen, die sich in Kirchengemeinden gebildet haben. Die Bibel eröffnet uns die Perspektive für unseren christlichen Friedensdienst, sie gibt Ermutigung und Hoffnung. In Friedensgebeten und Friedensgottesdiensten erleben wir – häufig in ökumenischer Gemeinschaft – eine neue Spiritualität des Friedenskampfes, in der die Gabe des göttlichen Friedens Gestalt gewinnt. Etwa wenn die CFK-Gruppen Kapellendorf und Erfurt gemeinsam mit Westberliner CFK-Freunden den Besuch der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald als Kreuzweg gestalten oder wenn die Teilnehmer des Ökumenischen Basisseminars in Königswartha nicht nur über das Abendmahl als Friedensmahl nachdenken, sondern in gemeinsamem Gesang neuer christlicher Friedenslieder Ermutigung erfahren.

II.

Nach diesen Überlegungen zur Aufgabe der CFK innerhalb der Kirchen wenden wir uns nun Fragen zu, vor denen die Friedensbewegung insgesamt – und damit auch die CFK als eines ihrer Bestandteile – steht. Die äußerst wichtige „Weltkonferenz religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens“, zu der sich im Mai 1982 über 600 führende Repräsentanten der Weltreligionen in Moskau zusammenfanden, hat alle Gläubigen in der Welt sowie die Kirchen und religiösen Organisationen zur „aktiven und begeisterten Unterstützung der genuinen Friedensbewegungen“ aufgerufen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat diesen Ruf aufgenommen. Der Zentralausschuß des ÖRK verabschiedete auf seiner Sitzung im Juli 1982 in Genf eine Erklärung zur II. UNO-Sondersitzung zu Fragen der Abrüstung. Angesichts des im ganzen nicht sehr positiven Ausgangs dieser UNO-Tagung „fordert er die Kirchen dringend auf, ihre Anstrengungen zu erhöhen und in Zusammenarbeit mit der wachsenden Zahl von Friedens- und Abrüstungsbewegungen in verschiedenen Teilen der Welt auf die Mobilisierung einer einflußreichen öffentlichen Meinung hinzuwirken, indem sie ihre Analyse der Probleme und ihr Verständnis vom politischen Kampf vertiefen und Einheit zwischen den Gruppen fördern, die zwar unterschiedliche Ziele haben, denen aber der Wunsch nach Frieden und Abrüstung gemeinsam ist.“

Das ist eine bemerkenswerte Orientierung, in der interessanterweise der Begriff der „Eigenständigkeit“ völlig fehlt. Die Aufgabe der Kirchen soll die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung sein. Als Mittel dazu werden genannt:

- die Analyse der Probleme,
- die Vertiefung des Verständnisses vom politischen Kampf,
- die Förderung der Einheit der Friedensbewegung.

Ich halte das für eine gute Beschreibung der Rolle der Christen in der Friedensbewegung und möchte zu den genannten drei Punkten einige Bemerkungen machen.

Analyse: Woher kommt die Bedrohung des Friedens?

Warum sind die USA Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre auf das Angebot der sozialistischen Staaten zu friedlicher Koexistenz und Entspannung eingegangen, und warum haben sie nach 1975 eine Wende zu erneuter Konfrontation vollzogen? Wer die gegenwärtige weltpolitische Situation verste-

hen will, muß eine Antwort auf diese Fragen finden. Zunächst zur ersten Frage.

a) Der Sowjetunion war es in den 60er Jahren unter großen Anstrengungen gelungen, ein annäherndes militärisches Gleichgewicht (vor allem auf dem entscheidenden Gebiet der strategischen Kernwaffen) herzustellen. Damit wurde der Einsatz des militärischen Faktors für die politische Auseinandersetzung unmöglich gemacht. Es war eine Situation entstanden, von der ein Zwang zur friedlichen Koexistenz ausging.

b) Die USA als Hauptmacht des Imperialismus versuchten allerdings, friedlicher Koexistenz und Entspannung einen anderen Inhalt zu geben als die sozialistischen Staaten, für die friedliche Koexistenz die friedliche Austragung des Gegensatzes zwischen den Staaten des Sozialismus und des Kapitalismus bedeutet, was keineswegs die Blockierung revolutionärer gesellschaftlicher Veränderungen in der Welt einschließt. Die imperialistischen Staaten erhofften sich von der friedlichen Koexistenz neue Möglichkeiten zur Destabilisierung und womöglich Zurückdrängung des Sozialismus etwa mit Hilfe der demagogischen Menschenrechtskampagne *Car-ter's*. Sie sahen sich jedoch in diesen Erwartungen getäuscht. Im Klima der Entspannung verlor der Antikommunismus an Wirksamkeit. Die sozialistischen Staaten erhöhten ihre politische und ökonomische Stabilität.

Noch in einer anderen Hoffnung sahen sich vor allem die USA enttäuscht. Sie meinten, daß friedliche Koexistenz den internationalen status quo zementieren würde; vor allem sollte kein weiteres Land der Dritten Welt den westlichen Einflußbereich verlassen. Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Im Zeichen der Entspannung ging der Befreiungsprozeß in der Dritten Welt weiter. Die USA mußte die Niederlage in Südostasien hinnehmen. Angola, Moçambique und Guinea Bissau befreiten sich, desgleichen Äthiopien, Nikaragua, Afghanistan, Simbabwe und der Iran. Es gab auch Rückschläge in diesem Prozeß: Chile, Ägypten, Somalia, Jamaica. Aber insgesamt ging die Zahl der Entwicklungsländer, die unter westlichem Einfluß stehen und ökonomisch voll in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem integriert sind, zurück.

Ökonomische Experten haben errechnet, daß die kapitalistischen Industrieländer aus den von ihnen ökonomisch abhängigen Entwicklungsländern in letzter Zeit Jahr für Jahr ca. 250 Milliarden Dollar herausgeholt haben, und zwar einfach über das Wirken kapitalistischer ökonomischer Mechanismen, die den Starken begünstigen und den Armen ärmer machen. Die Ausnützung des Unterschieds zwischen Roh-

stoffpreisen und Preisen für Industriewaren, die Verlagerung von Produktionsstätten in sog. „Billiglohnländer“, der Abzug qualifizierter Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern (brain drain) sind nur einige solche Mechanismen. Man stelle sich vor, was eine drastische Einschränkung dieser Ausbeutungsmöglichkeiten für die ohnehin in einer tiefen Wirtschaftskrise steckenden kapitalistischen Länder für Konsequenzen hätte. Es käme zu einer Verschärfung dieser Krise, wodurch die Existenzgrundlage des kapitalistischen Systems angegriffen würde.

Deshalb entschloß sich die kapitalistische Führungsmacht, alles zu tun, um diesen Prozeß zu stoppen und womöglich umzukehren. Dazu sah und sieht sie nur ein Mittel: militärische Gewalt, mit der sich drohen und die sich einsetzen läßt. Dazu aber ist militärische Überlegenheit nötig. So rückten die USA von allen Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen ab, die auf dem Grundsatz der gleichen Sicherheit aufgebaut waren (SALT II), und vollzogen die Wende von der Entspannung zur Konfrontation.

Ein ganz entscheidender Faktor für die Wiedererlangung der militärischen Überlegenheit ist für die USA der NATO-Beschluß vom 12. 12. 1979. Seit 20 Jahren sind sowjetische Mittelstreckenraketen SS 4 und SS 5 auf Ziele in Westeuropa gerichtet. Sie stellen ein Gegengewicht gegen französische und englische Mittelstreckenraketen und solche der USA dar, die auf U-Booten in Nordsee und Mittelmeer stationiert sind oder von Flugzeugen abgeschossen werden können und die die sozialistischen Länder und Randgebiete der Sowjetunion erreichen. Seit 1977 werden diese sowjetischen Raketen durch moderne SS 20 ersetzt. In der NATO hatte es ähnliche Modernisierungen schon Jahre zuvor gegeben. Das alles schien im Rahmen eines annähernden militärischen Gleichgewichts ein „normaler“ Vorgang zu sein, über den keiner ein Wort verlor – bis dann im Sommer 1979 die sowjetischen Raketen ganz plötzlich zu einer riesenhaften „Bedrohung“ Westeuropas aufgebaut wurden, gegen die man „Gegenmaßnahmen“ in Gestalt des Brüsseler Beschlusses treffen müsse, der eine zusätzliche Stationierung von 572 nun in der Tat qualitativ neuen USA-Raketen vom Typ Pershing II und von Marschflugkörpern vorsah.

Was soll damit erreicht werden? Bisher ist es so, daß die Sowjetunion nur von Interkontinentalraketen verwundet werden kann, die auf dem Boden der USA stationiert sind – und umgekehrt. Das garantiert eine Vorwarnzeit von 30 Minuten, die die Raketen brauchen, um das Territorium des anderen Staates zu erreichen. Fehler in Radarsystemen können in

dieser Zeit korrigiert werden. Mit den 572 neuen USA-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa ist der gesamte europäische Teil der Sowjetunion bis zum Ural erreichbar. Die westdeutsche „Pax Christi“-Sektion beschreibt in einer 1980 erarbeiteten Studie die Folgen dieses Beschlusses so: „Zum erstenmal wird dann eine der Supermächte, die Sowjetunion, doppelt atomar verwundbar, nämlich durch das amerikanische Langstreckenpotential und die in Europa zu stationierenden Mittelstreckenraketen mit einer extrem kurzen Vorwarnzeit von 5 Minuten und weniger, während die lebenswichtigen Zentren der USA nach wie vor nur durch die sowjetischen Langstreckenwaffen bedroht werden.“

Hier wird exakt festgestellt, daß die Verwirklichung des NATO-Beschlusses den USA eine entscheidende militärische Überlegenheit bringen soll. Das wird auch noch dadurch deutlich, daß die cruise missiles, die Marschflugkörper, die Radarabwehr unterfliegen können und die Pershing II eine so hohe Treffgenauigkeit haben, daß damit verbunkerte sowjetische Raketenstellungen und politisch-militärische Führungszentren getroffen und ausgeschaltet werden könnten. Das heißt, die USA würden damit die Möglichkeit des Erstschlages gewinnen. In der Sprache der Kriegsplaner des Pentagon heißt das, was angestrebt wird, „Enthauptungsschlag“.

Das alles zeigt, daß von diesen Plänen die Hauptgefahr für den Frieden ausgeht. Für unsere Arbeit in den vor uns liegenden Monaten können wir daraus nur die Schlußfolgerung ziehen, daß dem Kampf gegen die Verwirklichung des NATO-Beschlusses die Priorität gebührt. Dazu möchte ich zwei Dinge sagen:

1. Jeder einzelne von uns muß sich Klarheit über diese Zusammenhänge verschaffen und dann diese Einsichten und Kenntnisse weitergeben. In unseren Gemeinden und Kirchen ist auf diesem Gebiet noch viel zu tun.

Die Aktion „Christen für die Abrüstung“ in Hessen hat vor kurzem eine Erklärung veröffentlicht. Darin heißt es: „Die Kirchen in der Bundesrepublik – die katholischen wohl mehr noch als die protestantischen – haben, von vereinzelten Beiträgen abgesehen, in der lebenswichtigen Frage von Frieden und Abrüstung versagt. Es gibt zwar Beschlüsse verschiedener Synoden, die nicht nur den Gebrauch atomarer Massenvernichtungsmittel ablehnen, sondern auch schon ihren Besitz, ihre Lagerung und vor allem ihre Drohfunktion innerhalb des Abschreckungssystems problematisieren. Solche Beschlüsse sind begrüßenswert. Sie werden jedoch der aktuellen politischen Situation nicht gerecht. Noch keine Synode

hat die gegenwärtige Hauptursache der Bedrohung Westeuropas beim Namen genannt, noch keine Synode hat den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 konkret abgelehnt.“

Müßten wir das von unseren Kirchen nicht ähnlich sagen? Der Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Bundessynode in Halle zeigt eine Reihe erfreulicher Fortschritte in der Friedensfrage. Der NATO-Beschluß wird allerdings nicht erwähnt. Dasselbe gilt auch für die kirchliche Friedenskade. Weder im Material der Vorjahre noch im diesjährigen findet sich auch nur ein Wort zu diesem Beschluß. Wir haben die Verpflichtung, mit Kirchenleitungen und kirchlichen bzw. synodalen Friedensausschüssen darüber ins Gespräch zu kommen.

2. Wir werden uns auch als CFK selbstkritisch fragen müssen, ob wir in all unseren Arbeitszweigen auf der Höhe der Aufgaben der gegenwärtigen Zeit stehen. Das Hauptkriterium für unsere Arbeit in den kommenden Monaten ist genannt. Das kann sicher nicht bedeuten, daß wir in Zukunft nur noch über den Brüsseler Beschluß reden. Das könnte sehr formal und wenig effektiv werden. Brecht hat von den schrecklichen Zeiten gesprochen, in denen ein Gespräch über Bäume ein Verbrechen ist, weil es ein Schweigen über viele Untaten einschließt. Wir sollten unsere Arbeit kritisch prüfen unter der Frage,

– ob unser Reden und Nachdenken über das Erbe des Antifaschismus, über das Abendmahl, über die Neue Internationale Informationsordnung und über Ökologie ein Schweigen über die Hauptkriegsgefahr einschließt

– oder wie wir mit diesem Reden und Nachdenken über die genannten Gegenstände zur Bannung dieser Gefahr beitragen.

Es muß noch ein weiterer wichtiger Aspekt der Situationsanalyse genannt werden. Die Regierung Reagan hat einen Vorteil für uns: Sie spricht mit brutaler Offenheit über ihre Ziele. Man ist nicht auf Vermutungen angewiesen. Am 31. Mai 1982 veröffentlichte die New York Times einen ausführlichen Bericht über ein 125-Seiten-Leitlinien-Dokument des Pentagon über die Vorbereitung auf Kriegshandlungen in den Jahren 1984–1988. Daraus geht klar hervor, daß die Konfrontationspolitik gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager auf allen Ebenen praktiziert werden soll, nicht nur auf der militärischen, sondern auch auf der wirtschaftlichen. In dem Dokument wird dazu gesagt: „Als Ergänzung der Militärstrategie in Friedenszeiten sollten die USA und ihre Verbündeten faktisch der Sowjetunion wirtschaftlich und technisch den Krieg erklären.“

Neben dem Wirtschaftskrieg gewinnt für die USA noch eine andere Ebene zunehmend Bedeutung: die subversiv-ideologische. In der Zeit der Entspannung waren auch die USA bereit, dem völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder wenigstens formal Rechnung zu tragen. Das ist vorbei. Der Pentagon-Plan besagt, daß „wir unsere Spezialeinheiten neu beleben und verstärken müssen, um die Macht der USA dort wirksam werden zu lassen, wo der Einsatz konventioneller Truppen verfrüht, unpassend oder undurchführbar wäre.“ Die New York Times schreibt, das gelte besonders für Ost-europa, und fügt hinzu: „Spezialeinheiten ist dabei ein Euphemismus für Guerillas, Saboteure, Kommandotrupps und ähnliche unkonventionelle Streitkräfte.“

Vor allem geht es der Reagan-Regierung darum, antisozialistische Kräfte in den sozialistischen Ländern zu mobilisieren. In ihrer Sprache heißt das „Demokratisierung der kommunistischen Länder“. Genau zu diesem Thema führte das State Department am 18. 10. 1982 eine Konferenz mit Vertretern von Organisationen durch, die Kontakte in diese Länder haben. Außenminister Shultz selbst hielt einen Vortrag, in dem er u. a. bekanntgab, daß die Rundfunksendungen in die „kommunistische Welt“ verstärkt werden müßten. Die Regierung stelle 1 Milliarde Dollar zur Verfügung, um die politische und geographische Stoßkraft dieser Sendungen zu vergrößern.

Anfang Oktober fand in Südkorea, in Seoul, eine Medienkonferenz statt, auf der es um ähnliche Pläne und Überlegungen ging. USA-Generalmajor John Singlaub umriß die gegenwärtigen Ziele der USA-Politik: Einmal komme es darauf an, die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Regierungen zu stoppen. Zum zweiten müsse „der Prozeß der Befreiung hinter dem Eisernen und dem Bambusvorhang ermutigt, unterstützt, koordiniert und so umfassend wie möglich aufrecht erhalten werden“ (Washington Times vom 19. 10. 1982). Man könne ja auch kein Fußballspiel gewinnen, solange man den Ball nicht hinter die gegnerische Torlinie bringe. Deshalb müsse der westlichen Strategie endlich „eine offensive Komponente hinzugefügt“ werden.

Es geht also um einen imperialistischen Großangriff auf den Sozialismus auf allen Ebenen, um die Wiederholung des schon mehrfach gescheiterten Versuches, den Sozialismus zu liquidieren. Das ist die Situation, in der wir unsere Friedensarbeit zu tun haben. In dem erwähnten Vortrag von Außenminister Shultz finden sich einige Sätze, die uns besonders angehen. Er sagte: „In Ostdeutschland trägt die Jugend ein

Emblem zur Schau, das einen Mann abbildet, der ein Schwert zur Pflugschar umschmiedet. Sie zeigt damit ihre Opposition zum Militarismus der kommunistischen Staaten und ihre fortdauernde Achtung vor religiösen Symbolen und Idealen. Die Kirche überlebt als eine bedeutende gesellschaftliche Institution in verschiedenen kommunistischen Ländern. Es ist nur ein kleiner Schritt vom religiösen Engagement hin zu politischen Aktionen.“ Hier wird offen ausgesprochen: Diejenigen, die die Hauptverantwortung für die wachsende Kriegsgefahr tragen, erwarten, daß Christen in der DDR in ihrem Konzept eine bestimmte Rolle übernehmen. Sie wollen christliche Bürger der DDR gegen einen angeblichen Militarismus in unserer Gesellschaft mobilisieren und sie so für den von führenden USA-Politikern mehrfach proklamierten antisozialistischen Kreuzzug rekrutieren.

Wer über diese Zusammenhänge nachdenkt, der sollte sich auch klar machen, daß die DDR das einzige Land in Europa ist, demgegenüber von anderen Staaten, vor allem von seinem westlichen Nachbarn, die volle Respektierung des Völkerrechts noch immer verweigert wird. Eine solche Mißachtung des Völkerrechts ist immer das Zeichen einer militaristischen Haltung gewesen, nicht aber der Schutz der eigenen Bürger und Grenzen.

Friedensdienst als politischer Kampf

Viele Christen tun sich schwer, Friedensdienst als Friedenskampf zu verstehen, weil sie sich nicht vorstellen können und vielleicht auch nicht wahrhaben wollen, daß es Feinde des Friedens gibt. Solche Friedensfeinde gibt es in Gestalt von Herrschaftsgruppen, die ihre Machtpositionen und Privilegien durch die Ausbeutung vor allem der Dritten Welt und durch Riesenprofite im Rüstungsgeschäft sichern und die zur Verteidigung dieser ihrer Positionen mit massiver militärischer Gewalt drohen, die sie auch einzusetzen bereit sind. Damit verweigern sie Millionen von Menschen bessere Lebensmöglichkeiten und beschwören die Gefahr einer Vernichtung der Menschheit herauf. Wie der holländische Theologe Dick Boer sagt, sind sie Feinde des Friedens, weil sie „nicht am Frieden im Sinne von Abrüstung und sozialer Gerechtigkeit interessiert sind“. Sie stellen objektiv Hindernisse auf dem Weg zum Frieden dar, die politisch bekämpft werden müssen. Ziel dieses Kampfes ist nicht die physische Vernichtung dieser aggressivsten Kräfte des Imperialismus, sondern die Einschränkung und Beseitigung

ihrer Aufrüstungs- und Ausbeutungsmöglichkeiten. Man muß sie zur friedlichen Koexistenz zwingen.

Die wichtigsten Verbündeten in diesem Kampf sind die sozialistischen Länder, in denen die Ausbeutung des Menschen abgeschafft ist und keiner mehr aus Rüstung Profit zieht. Schon durch ihre Existenz schränken sie die Ausbeutungsmöglichkeiten des Imperialismus ein. In der Juni-Nummer der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift „Neue Politik“ findet sich dazu folgende Bemerkung: „Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die Welt des Realsozialismus, ob sie uns gefällt oder nicht (mir gefällt sie nicht), der Garant einer einigemaßen aufrecht zu erhaltenden Unabhängigkeit der Dritten Welt von kapitalistischer Unterjochung ist. Wer das Mitleid mit den Menschen dort ernsthaft fühlt, der muß sich dazu bequemem, eine solche Tatsache in sein Verhalten einzubauen.“

Friedenskampf ist aber nicht nur Kampf gegen die Friedensfeinde, sondern auch Kampf um die Herzen und Hirne der Menschen – ganz im Sinne des ersten Satzes der Verfassung der UNESCO, der zwar die Kriegsursachen nicht exakt wiedergibt, aber dieses Merkmal des Friedenseinsatzes gut beschreibt: „Da Kriege in den Köpfen der Menschen anfangen, muß auch mit der Verteidigung des Friedens in den Köpfen der Menschen begonnen werden.“

Dabei stößt man auf eine zweifache Schwierigkeit. Zum einen ist Friedensengagement anstrengender als Kriegsvorbereitung. Der Krieg komme schon, wenn man nichts gegen ihn tue, sagte Heinrich Mann 1937. Für den Frieden muß man sich entscheiden, für ihn muß man kämpfen und arbeiten; ihn muß man bewußt mitgestalten. Prof. Max Steenbeck hat in seinem letzten Vortrag vor seinem Tode zur Friedensverantwortung festgestellt: „Der Krieg kann von einem begonnen werden, zum Frieden gehören zwei.“ Man müßte sagen: Zum Frieden gehören alle. Das macht ihn kompliziert. Das erfordert Klarheit und Disziplin, Sensibilität und Entschiedenheit von denen, die für ihn arbeiten.

Zum anderen verfügen die Feinde des Friedens über die mächtigsten und modernsten Massenmedien, mit deren Hilfe es ihnen gelungen ist, Millionen von Menschen in ihrem Friedenswillen zu verwirren. Deshalb wird der Kampf gegen Meinungsmanipulationen und Bedrohungslüge, der Kampf um sachliche Information zu einer immer wichtigeren Front im Friedenskampf.

Die USA-Regierung rechnet in ihrer Politik mit der Uninformiertheit der Masse. Das wird beispielsweise ganz deutlich am Beispiel des „Null-Lösungs-Vorschlages“ von Reagan,

der darauf hinausläuft, daß die Sowjetunion alle SS-20-Raketen – auch im asiatischen Raum – abbauen soll, wenn die USA auf die Verwirklichung des Brüsseler Beschlusses verzichten sollen. Die vorhandenen Mittelstreckenraketen in England und Frankreich sowie auf U-Booten blieben davon unberührt. Damit würde die Sowjetunion auf dieser Ebene völlig entblößt, und der Westen erlangte eine massive Überlegenheit. Solche Vorschläge können ernsthaft nicht Experten vorgelegt werden. Sie sollen diejenigen, die uninformatiert sind, einen angeblichen Abrüstungswillen der USA vortäuschen. In dem von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienst formulierten Aufruf zur diesjährigen Friedenswoche in der BRD heißt es dazu: „Die bisher bekannt gewordene Position der amerikanischen Regierung (in Genf) ist nicht wirklich ernstzunehmen. Die sog. Null-Lösung der USA-Regierung ist keine wirkliche Null-Lösung.“ Es ist also wichtig, sich zu informieren, Zusammenhänge durchschauen zu lernen, um sich nicht durch gezielte Falschinformationen verwirren zu lassen.

Was wir dabei noch viel deutlicher herausarbeiten und ins Bewußtsein heben müßten – das ist die unterschiedliche Grundhaltung der beiden Großmächte. Dabei geht es keineswegs um eine Schwarz-Weiß-Malerei, sondern darum, sich Sachverhalte unvoreingenommen klar zu machen. Als die USA „ihre Offensive gegen die Entspannung einleiteten, hofften sie, leichtes Spiel zu haben. Sie rechneten damit, daß der von Washington eingeschlagene harte Kurs bei der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft eine nicht minder harte Gegenreaktion auslösen würde. Die sozialistischen Länder, so meinte man, würden gezwungen sein, selbst zur Diskreditierung des Entspannungsgedankens beizutragen. Dazu werde sie die seit Jahrhunderten übliche Logik der internationalen Beziehungen zwingen, nach der auf Säbelrasseln damit geantwortet wird, daß man die Geschütze in Stellung bringt... Was aber geschah tatsächlich? Das ins Wanken geratene Gebäude der Entspannung ist nicht eingestürzt. Mehr noch, die grundlegenden Errungenschaften aus der Periode des internationalen Tauwetters haben noch an Wert gewonnen.“ (Pavel Auersperg in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ 10/1982).

Die Sowjetunion hat auf die imperialistische Konfrontationspolitik, auf Hochrüstungspläne, Olympiaboykott, Wirtschaftskrieg im Geiste der Entspannung geantwortet. Während die USA eine atomare Erstschlagskapazität aufbauen, verzichtet sie darauf, als erste Kernwaffen einzusetzen. Während die USA die BRD zu dem Land mit der größten Mittelstreckenraketen-Dichte machen, ist nicht eine einzige sowje-

tische Mittelstreckenrakete in der DDR stationiert. Während die USA die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens ablehnen und weitere Verkehrs- und Wirtschaftsverträge brechen, geht die Sowjetunion trotzdem auf das USA-Verhandlungsangebot hin nach Genf.

Auf der Festsitzung zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR hat der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Juri Andropow, diese prinzipielle Friedenspolitik der Sowjetunion erneut bekräftigt und neue, weitreichende Vorschläge zum Abbau von Konfrontation und Spannungen unterbreitet, so u. a. die Bereitschaft,

- nach dem einseitigen Verzicht der UdSSR auf den Ersteinsatz von Kernwaffen auch eine Vereinbarung darüber abzuschließen, nicht als erste konventionelle Waffen gegeneinander einzusetzen,
- ihre nuklearen strategischen Rüstungen um wenigstens 25 Prozent zu reduzieren und sie sofort einzufrieren, wenn dies auch die USA tun, und
- nur so viele Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, wie Großbritannien und Frankreich zusammen besitzen, d. h. Hunderte solcher Raketen abzubauen, wenn die USA keine neuen Raketen in Europa aufstellen.

Ebenso deutlich aber hat Juri Andropow erklärt, daß die Sowjetunion keine militärische Überlegenheit der USA zulassen werde und in der Lage sei, auch künftig das militärstrategische Gleichgewicht gegenüber den USA zu wahren. Gerade auch daraus wird der defensive, der Friedenscharakter der sowjetischen Armee deutlich.

Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sich auf ihrer letzten Tagung in Halle gegen den Geist der Abschreckung gewandt. Die Reaktion der Sowjetunion auf die imperialistische Herausforderung durch die USA erfolgte nicht aus dem Geist der Abschreckung, sondern aus dem Geist der Entspannung heraus. Freilich wird dieser Geist sich auf die Dauer nur durchsetzen können, wenn er aufgenommen und bewußt gefördert wird von allen, denen es um Frieden geht. Hier liegt eine ganz wichtige Verantwortung unserer Kirchen.

Einheit der Friedensbewegung

Es liegt auf der Hand, daß der Erfolg der Friedensbewegung wesentlich von ihrer Einheit abhängt. Wer wirklich ihren Erfolg will, der muß auch ihre Einheit wollen. Weil sie Millionen von Menschen vereinigen konnte, ist die Friedens-

bewegung zu einem Faktor in der internationalen Politik geworden. Daß es der Brüsseler NATO-Beschluß war, der zu diesem kaum erwarteten Aufschwung der Friedensbewegung in Westeuropa geführt hat, macht der Umstand deutlich, daß sie am intensivsten in den Hauptstationierungsländern für die neuen Raketen am Wirken ist: in der BRD, in Holland, Belgien, Großbritannien und Italien.

Freilich hat der Erfolg auch Gegenkräfte auf den Plan gerufen. Sie arbeiten mit Verleumdungen („von Moskau bezahlt“) und unternehmen Spaltungsversuche („Mit Kommunisten arbeitet man nicht zusammen“). Häufig sind es gerade christliche Gruppen, die solchen Versuchen entgegen treten. Überhaupt können Christen eine besondere Verantwortung bei der Herausbildung und Festigung der Friedensbewegung haben. Das meinte jedenfalls die Erklärung des Zentralausschusses des ÖRK zur II. UNO-Sondersitzung zu Fragen der Abrüstung. Das meinen auch die „Christen für die Abrüstung“ in Hessen in der schon zitierten Erklärung: „Die Tatsache, daß kirchliche Friedensgruppen nicht parteipolitisch gebunden sind oder vereinnahmt werden können, trägt zur Stärkung von Bündnissen verschiedener weltanschaulicher und politischer Strömungen innerhalb der Friedensbewegung bei.“ Die Rolle, die beispielsweise die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste bei der Organisation der großen Bonner Demonstration vom 10. Oktober 1982 spielte, scheint dies zu bestätigen.

Wie tragen Christen zur Einheit der Friedensbewegung bei? Indem sie zur Sache rufen, zur Sache des Friedens. Die Einheit der Friedensbewegung wird bedroht durch jene, die ihre gesamtpolitische Sicht auch in weniger friedensrelevanten Fragen zum verbindlichen Programm der Friedensbewegung machen wollen. Die Sache ist heute die Verhinderung der Stationierung neuer NATO-Raketen als der entscheidende nächste Schritt. Dem entspricht ganz das Motto des Aufrufs zur BRD-Friedenswoche 1982: „Keine neuen Atomwaffen in unserem Land!“ In den USA heißt die Sache: Einfrieren der Atomwaffenbestände in West und Ost! Auf diese Ziele können sich Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Position einigen. Wer andere Fragen in die Friedensbewegung hineinträgt (etwa die Frage ihrer Beurteilung des realen Sozialismus), der fördert Spaltungstendenzen.

Solche Tendenzen haben sich in letzter Zeit beispielsweise bei einigen Vertretern des Interkirchlichen Friedensrates

(IKV) in Holland gezeigt. Sie sehen die Ursache für die Kriegsgefahr neuerdings in der Existenz zweier unterschiedlicher Blöcke in Europa. Diese „Blockkonfrontation“ soll nach ihrer Ansicht überwunden werden durch Destabilisierung der Machtstrukturen in Ost und West. Weil das gut in dieses Konzept zu passen scheint, fordern einige Antikommunisten in der BRD in diesem Zusammenhang gleich noch eine „Wiedervereinigung Deutschlands“ — natürlich gegen den realen Sozialismus. Zur Förderung dieser Ziele will man eine sog. „blockübergreifende Friedensbewegung“ ins Leben rufen, die kennzeichnenderweise nicht an Kontakten mit bestehenden politischen und Friedensorganisationen in sozialistischen Ländern interessiert ist, sondern hier antisozialistische Adressaten sucht.

Solch eine Konzeption stabilisiert nicht den Frieden in Europa, sie gefährdet ihn. Denn sie ist fast völlig identisch mit dem, was der USA-Außenminister zur Destabilisierung der sozialistischen Staaten plant. Vor allem aber will sie eine historische Erfahrung verdrängen, die wir alle in den vergangenen Jahren gemacht haben: Daß nämlich die Kriegsgefahr nicht aus der Existenz unterschiedlicher Blöcke in Europa abgeleitet werden kann. Wir blicken auf ein Jahrzehnt der Entspannung zurück, in der beide Blöcke zum Nutzen der Völker und Menschen koexistierten und kooperierten.

Ein Wort zur Einheit der Friedensbewegung in der DDR zum Schluß. Die erste Regierung der DDR ist seinerzeit hervorgegangen aus der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Sie hat seit 1949 eine klare Friedenspolitik gegenüber allen Staaten der internationalen Gemeinschaft vertreten, auch in den Beziehungen zur BRD. Sie unterstützt in der UNO und anderen internationalen Gremien alle Abrüstungsvorschläge und hat selbst solche Vorschläge vorgelegt. Sie hat dem kalten Krieg und der Politik der Stärke widerstanden, die gerade gegen sie von imperialistischer Seite aus geführt wurden, und hat Bedeutendes zum Entspannungsprozeß der 70er Jahre beigetragen, so zum Vierseitigen Abkommen über Westberlin, zum Grundlagenvertrag mit der BRD und zur KSZE-Schlußakte von Helsinki. Sie hat in den vergangenen Jahrzehnten allerdings auch die Erfahrung machen müssen, daß ihr von westlicher Seite nach wie vor und trotz aller Modifikationen Feindschaft, militärische Hochrüstung, Verweigerung des Völkerrechts und die Absicht zur — natürlich als „friedlich“ bezeichneten — Beseitigung entgegenzutreten, so daß bisher jedenfalls vor allem das annä-

hernde militärische Gleichgewicht den Frieden erhalten hat. Deshalb muß sie von ihren jungen Bürgern verlangen, daß sie ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts leisten.

In der Erklärung des 15. Parteitages der CDU zur Friedensverantwortung wird dieser Sachverhalt so beschrieben: In der DDR „bedarf es keiner ‚Friedensmahnung an die Herrschenden‘; denn wo die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Macht ausüben, sind die Ziele der Friedensbewegung Staatspolitik“.

Das macht allerdings die Friedensbewegung keineswegs überflüssig. Es verändert lediglich ihre Aufgabe. Neben den internationalen Verpflichtungen, die sie wahrzunehmen hat, muß es ihr in erster Linie darum gehen, mitzuhelfen, „daß immer mehr Bürger der Deutschen Demokratischen Republik die Friedenspolitik unserer Regierung aktiv unterstützen“, wie Erich Honecker im Schlußwort zum 4. Plenum des Zentralkomitees der SED gesagt hat. Denn je weniger Menschen in unserem Lande diese Politik nicht verstehen, um so weniger Ansatzpunkte für seine friedensfeindlichen Absichten findet Herr Shultz.

Die Friedensbewegung hat also eine politisch-erzieherische und aufklärerische Aufgabe. Sie muß dem desorientierenden Einfluß westlicher Massenmedien entgegenwirken, dem sich manche Bürger aussetzen. Sie muß sich jungen Menschen zuwenden, für die es manchmal nicht leicht ist, die komplexe internationale Entwicklung und die daraus abgeleiteten innenpolitischen Erfordernisse zu begreifen. Manche unterschätzen sicher auch die Gefährlichkeit und Raffinesse des imperialistischen Gegners. Davor hat der nikaraguanische Priester und Kulturminister Ernesto Cardenal Christen in der DDR auf Grund seiner eigenen Erfahrungen ausdrücklich gewarnt, als wir während seines offiziellen Besuches im April 1982 als Vertreter der CFK eine Begegnung mit ihm hatten.

Die Friedensbewegung in der DDR äußert sich in Friedensaktivitäten und -manifestationen der politischen Parteien und Massenorganisationen, der Künstlerverbände und Ärzte sowie vieler anderer Gruppen. Auch wir als CFK verstehen uns als Teil dieser einheitlichen Bewegung. Der Friedensrat der DDR, in dem einige von uns seit Jahren mitarbeiten, hat dabei eine aktivierende, koordinierende und repräsentative Funktion. Was wir gegenwärtig erleben, das ist ein umfas-

sender Lernprozeß und ein immer kraftvolleres Engagement in Sachen Frieden, das unsere ganze Gesellschaft erfaßt hat. Wir sollten uns bewußt daran beteiligen, um unser Teil dazu beizutragen, daß eine immer besser informierte öffentliche Meinung entsteht, die Friedens- und Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und unseres Staates bewußt mitträgt und die auf diese Weise über unsere Grenzen hinauswirkt, um Europa und der Welt den Frieden zu bewahren.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 210 Günter Wirth, Menschenbildung – Zum 175. Todestag von Johann Gottfried Herder
- 211 Werner Wünschmann, Dem Frieden und dem Wohle des Menschen zu dienen – Anliegen und Auftrag christlicher Künstler
- 212 Gerald Götting, Martin Luther und wir – Zum 500. Geburtstag des Reformators
- 213 Gerald Götting, Macht des Friedens – Zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR
- 214 Wolfgang Heyl, Chancen des Friedens – Betrachtungen nach der Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin
